

V2 Ein neuer finanzpolitischer Rahmen für Europa

Gremium: FaFo Wirtschaft, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 24.11.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Europa ist im Dauer-Krisenmodus: Während Inflation, Kriege, die Klimakatastrophe
2 und schwelender Nationalismus unser aller Existenz bedrohen, sind viele
3 europäische Staaten durch handlungsunwillige Politik und willkürlich
4 festgesetzte Schuldengrenzen gefesselt. Dazu kommen die bis heute spürbaren
5 Folgen der Finanz- und Eurokrise sowie der zahlreichen wirtschaftspolitischen
6 Fehler in den Jahren danach: Anstatt zu investieren, zwang sich die Eurozone zum
7 Sparen.

8 All diese Krisen sind zu groß, als dass einzelne Länder sie allein angehen
9 könnten. Sie erfordern zwingend mehr europäische Zusammenarbeit, was nur mit
10 einer Reform der europäischen Institutionen möglich ist. Nur durch weitere
11 Integrationsschritte kann die Eurozone monetär und gesamtwirtschaftlich souverän
12 und zu einer stabilen Währungsunion werden. Die im Folgenden vorgeschlagenen
13 Maßnahmen sind notwendig, um die zahlreichen aktuellen Herausforderungen zu
14 bewältigen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und konkrete
15 Schritte hin zu einem zukünftigen europäischen Bundesstaat zu tun, zu dem sich
16 auch im Ampel-Koalitionsvertrag bekannt wurde.

Der monetären Integration muss eine fiskalische folgen

18 Die Einführung des Euro war ein politisch beeindruckender und historisch
19 wichtiger Schritt hin zu mehr Zusammenarbeit. Seine Architektur blieb jedoch
20 stets unfertig und brachte zahlreiche Probleme mit sich, die sich besonders in
21 der Eurokrise und der darauf folgenden Austeritätsdekade offenbarten - mitsamt
22 ihrer fatalen Auswirkungen etwa auf Investitionstätigkeit, öffentliche
23 Daseinsvorsorge und die zunehmende ökonomische Ungleichheit innerhalb der und
24 zwischen den Euro-Mitgliedsländern.

Ein Haushalt für alle

26 Eine zentrale Leerstelle ist bei alledem die fehlende fiskalische Integration.
27 Europa braucht endlich einen richtigen, *gemeinsamen Haushalt*, der einige

28 zentrale staatliche Ausgaben tätigt und mit eigenen Einnahmen deckt. Wo Krisen
29 in einzelnen Ländern sonst die Staatsfinanzen zwangsläufig einschränken und so
30 die Erholung erschweren, würde ein gemeinsamer Haushalt stattdessen als
31 automatischer Stabilisator wirken und bei asymmetrischen (länderspezifischen)
32 Schocks ein Auseinanderdriften der Staaten verhindern.

33 Dazu wollen wir besonders zyklische Einnahmen und Ausgaben integrieren, d.h.
34 Ausgaben, die in Krisenzeiten steigen, und Einnahmen, die gleichzeitig fallen.
35 Auf diese Weise erhalten automatisch diejenigen Länder Nettotransfers aus dem
36 Haushalt, denen es wirtschaftlich schlechter geht als dem Rest. Auf der
37 Einnahmenseite bieten sich hier beispielsweise *gemeinsam festgelegte*
38 *Unternehmens- und Kapitalertragssteuern* an, was zugleich einen schädlichen
39 Steuerwettbewerb verhindert. Auf der Ausgabenseite braucht es etwa eine
40 europäische Arbeitslosigkeitsversicherung, die ggf. national aufgestockt und
41 perspektivisch zu einer *europäischen Jobgarantie* entwickelt werden kann. Die
42 Europäisierung derartiger Maßnahmen würde zudem die nationalen Arbeitsmärkte
43 stärker angleichen, um Sozialstaatsabbau und Lohndumping als Wettbewerbspolitik
44 unmöglich zu machen. Selbstverständlich ersetzt die Stabilisierungsfunktion
45 eines europäischen Haushalts keineswegs eine aktive antizyklische
46 Wirtschaftspolitik, die parallel weiterhin erfolgen muss.

47 Ein gemeinsamer Haushalt kann zudem effizient öffentliche Güter auf europäischer
48 Ebene bereitstellen, bei denen es ein transnationales Trittbrettfahrerproblem
49 gibt (dies bedeutet, dass Nationalstaaten zu wenig tun, weil sie von den
50 Anstrengungen anderer profitieren). Wie aktuelle Krisen zeigen, zählen dazu vor
51 allem Investitionen in den Klimaschutz sowie Ausgaben für die kollektive
52 Verteidigung. Um dieses Problem zu lösen und um die Entwicklungskonvergenz der
53 europäischen Staaten zu fördern, fordern wir neben dem europäischen Haushalt
54 zudem einen *europäischen Transfermechanismus* nach dem Vorbild des deutschen
55 Länderfinanzausgleichs. Mit diesem können sowohl temporäre als auch strukturelle
56 Probleme effektiver angegangen und Impulse zur wirtschaftlichen Entwicklung
57 besonders in gegenwärtig schwachen Regionen geschaffen werden.

58 Gemeinsame Währung, gemeinsame Verschuldung

59 Wir als Grüne Jugend fordern zur fiskalpolitischen Integration die Einführung
60 eines *dauerhaften Instruments zur gemeinsamen Verschuldung* in Form einer grünen
61 Anleihe.

62 Diese bietet folgende Vorteile

- 63 • Durch eine (explizite oder implizite) Garantie der EZB würde eine solche
64 Anleihe risikolos sein und als europäisches Safe Asset die Finanzmärkte
65 stabilisieren.

- 66 • Ein solches Asset erleichtert es der EZB, die Zinskurve in der gesamten
67 Eurozone zu kontrollieren. Gegenwärtig ist diese Zinssteuerung durch
68 Spreads (d.h. von Finanzmärkten verursachten, länderspezifischen
69 Zinsaufschlägen auf nationale Staatsanleihen) gestört.

- 70 • Ohne ein Ausfallrisiko wird ein niedrigeres und stabileres Zinsniveau
71 hergestellt.

- 72 • Es entsteht ein Level Playing Field für Unternehmensfinanzierungen, deren
73 Zinsen sich bisher an denen nationaler Staatsanleihen orientieren.

- 74 • Zinskosten, die eine große Belastung für die Haushalte einiger Euro-Länder
75 darstellen, werden reduziert und stabilisiert, sodass die Staaten mehr
76 Planungssicherheit und Gestaltungsspielräume haben.

77 Selbstverständlich muss eine kollektive Verschuldung der Eurozone klug gestaltet
78 werden. So ist unbestreitbar, dass das Teilen einer gemeinsamen Währung
79 erfordert, *über die Neuschöpfung dieses Geldes gemeinsam zu entscheiden*. Dies
80 betrifft nicht nur das jährliche Emissionsvolumen und dessen Verteilung auf die
81 einzelnen Länder sowie den gemeinsamen Haushalt, sondern auch den angestrebten
82 Zinssatz. Schließlich hat die Vergangenheit gezeigt, dass die "Disziplinierung"
83 von Staaten durch marktgetriebene Zinsen nicht funktioniert, sodass eine
84 politische Festsetzung mehr Vor- als Nachteile bringt.

85 Eine autonome Emission nationalstaatlicher Anleihen wäre selbst bei Einführung
86 einer gemeinsamen Euro-Anleihe weiterhin möglich. Diese würde dann jedoch nicht
87 der gemeinschaftlichen Haftung unterliegen und müsste sich innerhalb neu
88 definierter Fiskalregeln bewegen. So können in einem bundesstaatlichen System
89 zentrale staatliche Aufgaben auf bundesstaatlicher Ebene erfüllt und finanziert
90 werden, für die alle Staaten gemeinsam haften. Für die separate Verschuldung der
91 einzelnen Bundesstaaten hingegen haften diese ausschließlich selbst.

92 Neue Fiskalregeln für die Übergangszeit

93 Solange keine weitreichende fiskalische Integration erfolgt ist, brauchen wir
94 bessere Fiskalregeln für nationale Haushaltspolitik. Wir als Grüne Jugend
95 fordern solche Fiskalregeln, die eine nachhaltige, stabile und soziale
96 wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

97 Die bisherigen Fiskalregeln beruhen auf willkürlich festgelegten numerischen

98 Grenzwerten sowie “disziplinierenden” Finanzmärkten, die nicht demokratische
99 legitimiert sind und oft selbst Fehlentwicklungen hervorgerufen haben, anstatt
100 sie zu verhindern. Reformierte Regeln hingegen müssen

- 101 1. in eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung eingebettet sein, die anhand
102 qualitativer Standards Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit neuer Verschuldung
103 evaluiert,
- 104 2. temporäre sowie strukturelle Probleme adressieren, also langfristige
105 Investitionen genau so wie antizyklische Ausgaben ermöglichen,
- 106 3. demokratisch legitimiert sowie ökonomisch fundiert sein.

107 Es ist eindeutig, dass die aktuelle Position der Bundesregierung hinter den
108 genannten Kriterien weit zurückbleibt und in der jetzigen Form keine Grundlage
109 für eine Reform der Fiskalregeln für die Zeit bis zu einem substantiellen
110 Fortschritt bei der europäischen Integration sein darf.

111 **EZB nicht mehr alleine lassen**

112 Seit ihrer Gründung hat sich wiederholt gezeigt, dass die EZB mit den ihr zur
113 Verfügung stehenden Instrumenten das Inflationsziel nicht für alle Staaten der
114 Eurozone durchsetzen kann. Ihr Hauptwerkzeug, die Zinspolitik, konnte nach der
115 Finanzkrise weder die Nachfrage ausreichend stimulieren noch kann es in der
116 aktuellen Inflation die entscheidenden Problemstellen adressieren. Daher darf
117 das Verfolgen des *Inflationsziels nicht allein Aufgabe der Geldpolitik* bleiben,
118 sondern auch die Fiskal- und Ordnungspolitik müssen dieses anstreben. Das
119 aktuelle wirtschaftspolitische Rahmenwerk steht dem jedoch entgegen: So wird
120 beispielsweise im Europäischen Semester nur zu hohes, aber nicht zu niedriges
121 Lohnwachstum als problematisch eingestuft, obwohl zu niedrige Löhne etwa in
122 Deutschland lange Zeit für zu niedrige Inflationsraten und wachsende
123 Handelsungleichgewichte gesorgt haben. Stattdessen sollte sich von oben wie von
124 unten an ein Lohnwachstum gemäß der goldenen Regel angenähert werden
125 ($\text{Nominallohnzuwachs} = \text{Produktivitätszuwachs} + \text{Inflationsziel}$).

126 Da gegenwärtige Instrumente von Zentralbanken die Ungleichheit verstärken
127 können, wollen wir als Grüne Jugend der EZB die Möglichkeit geben,
128 *Direkttransfers an private und öffentliche Haushalte* (Outright Transfers, OT) zu
129 tätigen. Damit kann die EZB besser die effektive Nachfrage steuern und eine
130 funktionierende Inflationspolitik auch an der Nullzinsgrenze betreiben. Zudem
131 könnte dadurch die Durchsetzung von Preisstabilität mit verteilungspolitischen
132 Zielen verknüpft werden. Dies würde natürlich sowohl die Zustimmung des EZB-Rats
133 als auch gewählter Parlamentarier erfordern und müsste im Einklang mit den
134 Inflationszielen stehen. Ein *digitaler Euro* würde die notwendige Infrastruktur
135

136 für Direkttransfers schaffen und sollte unter anderem deshalb baldmöglichst
eingeführt werden.

137 Darüber hinaus fordern wir als Grüne Jugend eine *Erweiterung des Primärmandats*
138 *der EZB* um die Ziele "nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung" und
139 "Vollbeschäftigung". Zudem sollen ihre Maßnahmen klimafreundlich gestaltet
140 werden und die Konvergenz der Euro-Mitglieder fördern.

141 **Die Eurozone demokratisieren**

142 Europäische Finanzpolitik wird derzeit vor allem von EU-Kommission und
143 Eurogruppe bestimmt. Beiden Gremien fehlt eine direkte demokratische
144 Legitimierung und sie bilden die bestehende Meinungsvielfalt nur ungenügend ab.
145 Stattdessen braucht es eine Stärkung des EU-Parlaments sowie die *Ablösung der*
146 *intransparenten Eurogruppe durch eine ständige Vertretung aus nationalen*
147 *Delegierten*. Dieses Organ muss das Einstimmigkeitsprinzip hinter sich lassen und
148 eine klare vertragliche Grundlage besitzen. Es wird gebraucht, um die
149 gegenwärtig von Nationalstaaten dominierte Fiskalpolitik europäisch zu
150 koordinieren und beispielsweise die Einhaltung qualitativer Standards für
151 nationale Haushaltspolitik auf Grundlage von Expert:innengutachten zu
152 überprüfen. Zur Stärkung der politischen Legitimität europäischer
153 Wirtschaftspolitik muss zudem der *Austausch zwischen EZB und EU-Parlament*
154 *gestärkt* werden, etwa indem bei den vierteljährlichen Aussprachen die für das
155 Sekundärmandat der EZB relevanten wirtschaftspolitischen Ziele konkretisiert
156 werden und die vergangene Geldpolitik daran evaluiert wird.

157 **Fazit**

158 Um aktuelle Herausforderungen effektiv zu bewältigen, die sozialökologische
159 Transformation zu beschleunigen und Europa zu stärken, muss das Rahmenwerk der
160 Eurozone grundlegend reformiert werden. Daher fordern wir als Grüne Jugend
161 insbesondere:

- 162 • einen starken europäischen Haushalt mit gemeinsamer Verschuldung
- 163 • eine Reform der europäischen Fiskalregeln, v. a. durch qualitative
164 Standards
- 165 • eine Erweiterung des EZB-Mandats und Direkttransfers als neues
166 geldpolitisches Instrument
- 167 • Preisstabilität auch zur Aufgabe von Fiskal- und Ordnungspolitik zu machen
- 168 • eine transparente und demokratische Reform der politischen

169

Entscheidungsprozesse

170 Die Zeichen für eine Reform und Weiterentwicklung der Eurozone und der
171 restlichen Union stehen gut, denn die Zustimmungswerte zum Euro sind in allen
172 Ländern gegenwärtig so hoch wie lange nicht. Die große Mehrheit der Bürger:innen
173 wünscht sich mehr europäische Zusammenarbeit für ein starkes, nachhaltiges,
174 soziales und demokratisches Europa. Mit ihrer Unterstützung muss Deutschland
175 seine Blockadehaltung aufgeben und stattdessen gemeinsam mit den anderen EU-
176 Staaten den Prozess starten, das wirtschaftspolitische Fundament Europas zu
177 reformieren und eine stabile Architektur für die Zukunft schaffen. Die Zeit
178 drängt.